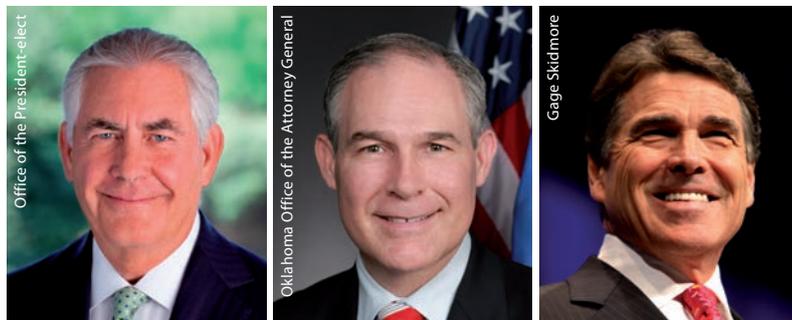


Trump stellt Weichen

US-Präsident Donald Trump hat seine Kandidaten für drei Regierungsposten benannt, die großen Einfluss auf die Wissenschafts- und Umweltpolitik der USA haben.



In Trumps neuer Regierung wird Rex Tillerson (links) Außenminister und Scott Pruitt (Mitte) Umweltminister. Rick Perry wird neuer DOE-Direktor.

Außenminister und damit oberster Vertreter der USA bei internationalen Klimaverhandlungen wird Rex Tillerson, der Chef des Erdölkonzerns ExxonMobil. Er hält eine CO₂-Steuer für den besten Weg gegen die globale Klimaerwärmung. Ganz anderer Meinung ist der zukünftige Umweltminister Scott Pruitt, bisher Generalstaatsanwalt von Oklahoma. Als ausgesprochener „Klimaskeptiker“ und Gegner staatlicher Umweltschutzauflagen stellte der Lobbyist der Kohle-, Öl- und Gasindustrie deren Interessen oft über die seiner Wähler.

Dritter im Bunde ist Rick Perry, ehemaliger Gouverneur von Texas, den Trump zum Direktor des Department of Energy (DOE) machen will. Als selbsternannter Kämpfer gegen staatliche Bürokratie hatte Perry sich bisher dafür ausgesprochen, drei Ministerien ganz abzuschaffen: das für Erziehung, das für Handel und – das DOE! Berühmtheit erlangte er 2012 während seiner erfolglosen Präsidentschaftskampagne, als ihm in einer Fernsehdebatte von den drei Ministerien ausgerechnet das DOE entfallen war. Als Gouverneur hat er sich dafür ausgesprochen, dass neben der Evolutionstheorie auch Kreationismus unterrichtet werden soll. Zwar ist auch Perry ein Klimaskeptiker, doch in seiner

14-jährigen Amtszeit hat er sich für den Bau von Windkraftanlagen eingesetzt, sodass Texas jetzt in den USA führend bei der Nutzung der Windenergie ist.

Während die beiden letzten DOE-Direktoren Chu und Moniz

Physiker waren, ist Perry wissenschaftlicher Laie. Deshalb könnte es für Trump angeraten sein, einen Stellvertreter zu ernennen, der etwas von Grundlagen-, Energie- und Kernwaffenforschung versteht.

APS entlässt Cheflobbyisten

Die American Physical Society (APS) hat sich von ihrem langjährigen Lobbyisten und Pressechef Michael Lubell nach einer umstrittenen Pressemitteilung getrennt. Lubell hatte während des Wahlkampfes Trump offen abgelehnt. Unmittelbar nach dessen Erfolg bezeichnete er ihn als den ersten antiwissenschaftlichen Präsidenten der USA. Angesichts des Siegs der Republikaner bei den Wahlen zum US-Kongress, die gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl stattfanden, twitterte er noch in der Wahlnacht: „science will be in the toilet“.

Doch am 9. November ließ Lubell eine Pressemitteilung herausgeben, in der die APS Trump zum Wahlsieg gratuliert und an ihn appelliert, die politischen Schritte einzuleiten, damit die USA die wissenschaftliche Führungsrolle zurückgewinnen könnten. Diese Mitteilung hat umgehend zu heftiger Kritik aus den Reihen der APS-Mitglieder geführt: Statt zu

Trump's wissenschafts-, frauen- und fremdenfeindlichen Äußerungen klar Stellung zu beziehen, habe sich die APS ihm angebiedert. Die APS hat die Mitteilung nach fünf Tagen zurückgezogen, sich dafür entschuldigt und die Irritationen bedauert. Noch am selben Tag wurde Lubell suspendiert – vier Tage später erfuhr er, dass die APS seinen Jahresvertrag nicht verlängern wird.

In einem Rundschreiben dankte ihm die APS-Geschäftsführerin für seine 22-jährige engagierte Arbeit. In einer kurzen Stellungnahme bedauerte die APS, dass die Pressemitteilung nicht mit der APS-Leitung abgestimmt war und versicherte, dass sich solch ein Fehler nicht wiederholen solle.

Überraschende Einigung

In letzter Minute hat der „alte“ US-Kongress am 16. Dezember das Nachfolgegesetz des America COMPETES Act verabschiedet. Dieses Innovationsgesetz legt die forschungspolitischen Richtlinien u. a. für die National Science Foundation (NSF), das National Institute of Standards and Technology (NIST) und das Office of Science des DOE fest. Während sich Republikaner und Demokraten im Senat auf einen Gesetzentwurf einigen konnten und ihn Anfang Dezember verabschiedet hatten, wurde im Kongress erbittert gestritten.

Der Entwurf des Senats erreichte einige Kongress-Abgeordnete in den Weihnachtsferien, sodass eine Verabschiedung des Gesetzes nicht mehr möglich schien. Doch die Geschäftsordnung erlaubt dies, falls alle noch anwesenden Abgeordneten den Entwurf einstimmig annehmen. Allerdings gab es Änderungen gegenüber dem Entwurf, der für 2018 Ausgabenerhöhungen von vier Prozent für NSF und NIST vorgesehen hatte. Das Gesetz lag noch Trumps Vorgänger Obama zur Unterzeichnung vor. Ob die neue Einigkeit im US-Kongress Bestand hat, bleibt abzuwarten.

Rainer Scharf